

## 440 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates XIII. GP

31. 8. 1972

### Regierungsvorlage

**Bundesgesetz vom XXXXXXXXXX  
betreffend die unentgeltliche Übertragung  
von Bundesdarlehen gegen die Kupferberg-  
bau Mitterberg Gesellschaft m. b. H. an die  
Österreichische Industrieverwaltungs-Aktien-  
gesellschaft**

Der Nationalrat hat beschlossen:

§ 1. Die Forderung des Bundes aus Darlehen  
an die Kupferbergbau Mitterberg Gesellschaft

m. b. H. in Höhe von S 15.000.000— wird  
unentgeltlich an die Österreichische Industrie-  
verwaltungs-Aktiengesellschaft übertragen.

§ 2. Die durch dieses Bundesgesetz unmittelbar  
veranlaßten Rechtsgeschäfte und Rechtsvorgänge  
sind von der Gesellschaftssteuer und von den  
Stempel- und Rechtsgebühren befreit.

§ 3. Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes  
ist der Bundesminister für Finanzen im Einver-  
nehmen mit dem Bundeskanzler betraut.

### Erläuterungen

Der Kupferbergbau Mitterberg Gesellschaft  
m. b. H. wurden im Jahre 1968 Darlehen aus  
allgemeinen Haushaltsmitteln des Bundes in der  
Höhe von 9.000.000 S und 6.000.000 S, beide  
unverzinslich und mit einer Laufzeit bis zum  
31. Dezember 1973, gewährt. Die Darlehens-  
beträge hat die Gesellschaft widmungsgemäß für  
Aufschlußarbeiten im Rahmen des vom Minister-  
rat am 26. März 1968 zur Kenntnis genommenen  
Sonderinvestitionsprogrammes „Aufschluß des  
Westfeldes“ verwendet. Nach Beendigung der  
Aufschließungsarbeiten im Jahre 1972 mit einem  
voraussichtlichen Gesamtaufwand von rund  
100 Millionen Schilling wird die Gesamtförde-  
rung an Kupfererz im Westfeld erfolgen.

Die wirtschaftliche Lage des Unternehmens  
ist dem vorläufigen Jahresabschluß 1971 zu ent-  
nehmen. Dem Stammkapital von 45 Millionen  
Schilling und Rücklagen von rund 22,8 Millio-  
nen Schilling steht ein Verlust (Verlustvortrag  
und Jahresverlust) von rund 53,2 Millionen  
Schilling gegenüber, sodaß die Eigenmittel per  
31. Dezember 1971 nur rund 14,6 Millionen  
Schilling betragen, denen Fremdmittel von rund  
62,3 Millionen Schilling (einschließlich der zitier-

ten Bundesdarlehen von 15 Millionen Schilling)  
gegenüberstehen. Das Geschäftsjahr 1971 brachte  
einen Jahresverlust von rund 33,8 Millionen  
Schilling, der durch Zufuhr von Bundesmitteln  
gemäß Bergbauförderungsgesetz 1968 auf rund  
21 Millionen Schilling reduziert wurde. Das vor-  
läufige Jahresergebnis 1971 wurde durch die  
noch beträchtlichen Aufschließungskosten und  
den eingetretenen starken Kupferpreisverfall er-  
heblich beeinflusst. Die von der schuldnerischen  
Firma erstellte Ergebnisvorschau bis 1980, aus-  
gearbeitet mit Kupferpreisen zwischen 400 und  
500 £ zeigt in allen Varianten für das Jahr 1972  
noch beträchtliche Verluste, während für die  
Folgejahre bei einem durchschnittlichen Kupfer-  
preis von 500 £ die Kostendeckung annähernd  
erreicht wird.

Die derzeitigen niedrigen Börsenpreise für  
Kupfer wie auch die allgemein ungünstige finan-  
zielle Lage der Gesellschaft lassen eine Rückzah-  
lung der gewährten Bundesdarlehen unmöglich  
erscheinen.

In Anbetracht der durch Bundesgesetz vom  
21. Jänner 1970, BGBl. Nr. 47, erfolgten Über-

tragung der Anteilsrechte des Bundes an der verstaatlichten Kupferbergbau Mitterberg Gesellschaft m. b. H. an die Österreichische Industrieverwaltungs-Aktiengesellschaft und unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Lage der schuldnerischen Gesellschaft ist es zweckmäßig, die Bundesforderung in Höhe von 15.000.000 S unentgeltlich an die ÖIAG zu übertragen, um der Muttergesellschaft die Durchführung der erforderlichen Sanierungsmaßnahmen bei der Tochtergesellschaft zu erleichtern.

Durch diese Vorgangsweise soll eine bloß buchmäßige Sanierung der Kupferbergbau Mitterberg Ges. m. b. H. vermieden werden, die im

Falle eines Forderungsverzichtes des Bundes gegenüber der schuldnerischen Firma eintreten würde.

Rechtsgeschäfte und Rechtsvorgänge, die durch das im Entwurf vorliegende Bundesgesetz unmittelbar veranlaßt werden, sollen sowohl von der Gesellschaftssteuer als auch von den Stempel- und Rechtsgebühren befreit sein, damit der erwartete Sanierungserfolg uneingeschränkt erreicht werden kann.

§ 1 und § 3 des Gesetzentwurfes — soweit er sich auf § 1 bezieht — unterliegen im Hinblick auf Art. 42 Abs. 5 B-VG nicht dem Einspruchsrecht des Bundesrates.